

11 | 2021

Liebe Leserinnen und Leser



Selten haben nationale Abstimmungen eine solche Dynamik erhalten, wie diese. Grund dafür ist die Änderung vom 19. März 2021 des Covid-19-Gesetzes. Kaum ein politischer Entscheid hat einen so starken Einfluss auf unsere Lebenswelt wie dieser. Vor diesem Hintergrund ist es klar, dass bei vielen die Emotionen hochkochen. Eine Vorlage, die zu so viel Unmut führt, wie das Covid-Gesetz, kann nicht gut sein. Die Delegierten der SVP Schweiz, wie auch der SVP Kanton Luzern haben sich klar gegen dieses Gesetz ausgesprochen. Die Gesetzesänderung vom März 2021 ist unnötig und extrem. Auch bei der Gesundheit müssen wir auf die Eigenverantwortung der Bevölkerung setzen. Die Gesetzesänderung führt unter dem Strich auch zu einer Spaltung der Schweiz und zu einer massiven Überwachung von allen.

Die SVP Kanton Luzern sagt auch nein zur Pflegeinitiative. Wir sind uns alle bewusst, welche Arbeit die Pflegenden jeden Tag leisten, aber sollen tatsächlich einzelne Berufe in unsere Verfassung festgeschrieben und so geregelt werden? Mit dem Gegenvorschlag hat das Parlament die wichtigsten Anliegen der Initiative aufgegriffen und ermöglicht so eine schnelle und zielführende Lösung.

Auch die Justizinitiative lehnten die Delegierten der SVP Kanton Luzern ab. Weshalb ein bewährtes, von allen politischen Kräften unseres Landes getragenes System, aushebeln und durch ein Losverfahren ersetzen? Das kann kaum die Lösung sein, wenn wir ausgewogene und faire Urteilsprüche wollen.

Die Delegierten der SVP Kanton Luzern stimmten aber deutlich dem neuen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz zu. Synergiegewinne und Kosteneinsparungen beim Kanton waren die ausschlaggebenden Argumente dafür.

Bei aller Polarisierung, die politische Vorlagen auslösen können, ist es wichtig, dass wir Fairness und Respekt walten lassen, denn Polemisierung kann auch zu einer Spaltung der Gesellschaft führen.

Angela Lüthold-Sidler
Präsidentin SVP Kanton Luzern

Wichtiges im Nov./Dez. >>>

28 | Eidgenössische und Kantonale Abstimmungen

29 | Beginn Session Stände- und Nationalrat

06 | Session Kantonsrat Luzern

07 | Session Kantonsrat Luzern

Liebe Leserinnen und Leser

Stimmen Sie am 28. November 2021 ab und denken Sie dabei an unsere freiheitlich-demokratischen Rechte.

Volksabstimmung: Parolen SVP Kanton Luzern





Fragezeichen zu Pflegeinitiative

Die Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» will die Situation in der Pflege verbessern. Über die Vorlage wird am 28. November 2021 abgestimmt. Bundesrat und Parlament geht die Initiative zu weit. Sie stellen ihr einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber.

Die Schweiz braucht bis im Jahr 2030 zusätzliche 70'000 Pflegekräfte. Rund zehntausend Stellen sind schon heute nicht besetzt. Die Pflege, ein wichtiger Pfeiler der medizinischen Versorgung, steht angesichts der Alterung der Bevölkerung vor grossen Herausforderungen. Weil es immer mehr ältere Menschen gibt, werden in den nächsten Jahren auch Krankheiten wie Krebs, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen zunehmen. Um ihre Qualität erhalten zu können, müssen mehr Pflegefachkräfte ausgebildet werden und länger im Beruf bleiben. Vor diesem Hintergrund wurde die Pflegeinitiative lanciert. Federführend war dabei der Berufsverband der Pflegenden (SBK).

Neue Vorschriften

Inhaltlich lassen sich die Forderungen wie folgt zusammenfassen: Pflegenden sollen mehr Kompetenzen erhalten, Bund und Kantone sollen die Aus- und Weiterbildung besser finanzieren und die Gesundheitsbetriebe müssen eine genügende Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen einsetzen, welche ihrerseits bessere Arbeitsbedingungen erhalten sollen. Konkret soll der Bund die Arbeitsbedingungen in den Spitälern, Heimen und Spitexorganisationen verbindlich regeln. Er müsste zum Beispiel Vorgaben machen zur Höhe der Löhne oder für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen, etwa durch Vorschriften in Bezug auf die Dienstpläne. Damit würde der Bund in

die Zuständigkeiten der Kantone, Betriebe und Sozialpartner (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) eingreifen. Diese regeln heute die Arbeitsbedingungen und die Löhne gemeinsam.

Pflege stärken

Bundesrat und Parlament wollen die Pflege stärken. Die Initiative geht ihnen aber zu weit, vor allem die Regelung der Arbeitsbedingungen durch den Bund. Ihr Gegenvorschlag sorgt dafür, dass rasch mehr Pflegenden ausgebildet werden und diese mehr Kompetenzen erhalten, ohne dass Kosten und Prämien deswegen steigen. Die Aus- und Weiterbildung soll während acht Jahren mit bis zu einer Milliarde Franken gefördert werden. Pflegefachpersonen sollen gewisse Leistungen direkt abrechnen können, wobei ein Kontrollmechanismus verhindern soll, dass dadurch die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien steigen. Der Gegenvorschlag tritt in Kraft, wenn die Initiative abgelehnt wird.

Arbeit beginne dann wieder von vorne

Die SVP Bundeshausfraktion hat den indirekten Gegenvorschlag unterstützt und kritisierte die Forderungen nach mehr Staat. Es brauche nicht mehr Staat, sondern mehr Pflegekräfte. «Die Notwendigkeit zum Handeln ist ja unbestritten», betonte Albert Rösti (BE), «Nur forderten die Linke und die Mitte mit der Annahme der Pflegeinitiative die Taube auf dem Dach, «während wir den Spatz in der Hand hätten. Denn mit der Initiative haben wir nichts in der Hand, nur einen schönen Verfassungsartikel.» Die Arbeit beginne dann wieder von vorne. Der Berner Nationalrat macht klar: «Im Gegenvorschlag jedoch ist alles drin.»

Nachgefragt bei



Albert Rösti
Nationalrat, BE

Weshalb lehnen Sie die Pflegeinitiative ab?

In Anbetracht der fehlenden Arbeitskräfte in der Pflege haben Bundesrat und Parlament diese Forderungen aufgenommen und über alle Fraktionen hinweg einen sehr grosszügigen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet, der fünf von diesen sechs Anliegen praktisch vollständig erfüllt.

Der Erfüllungsgrad dürfte dank der sofortigen Inkraftsetzung der beschlossenen Massnahmen bei einem Nein zur Initiative sogar grösser und wirkungsvoller sein zur Problemlösung als die Initiative selbst. Bei einem Ja zur Initiative würde die Diskussion zur Umsetzung mit ungewissem Ausgang von vorne beginnen und entsprechend der Vorgabe in der Initiative vier Jahre dauern.



Bewährtes System

Am 28. November 2021 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Justiz-Initiative ab. Die Delegierten der SVP Kanton Luzern lehnen die Vorlage ab.

Heute wählt das Parlament alle sechs Jahre die Bundesrichterinnen und Bundesrichter. Das Parlament achtet dabei auf eine angemessene Vertretung der politischen Parteien. Gegen diesen Mechanismus wurde eine Initiative lanciert. Die Justiz-Initiative will ein neues Wahlverfahren einführen: Die Bundesrichterinnen und Bundesrichter sollen künftig durch das Los bestimmt werden. Wer am Losverfahren teilnehmen darf, entscheidet eine Fachkommission. Sie soll nur

Personen zum Losentscheid zulassen, die sich fachlich und persönlich für das Richteramt eignen. Aus Sicht der Initianten ist so die richterliche Unabhängigkeit gewährleistet.

Nicht dem Zufall überlassen

Für Bundesrat und Parlament eignet sich das Losverfahren nicht zur Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter. An die Stelle einer demokratischen Wahl träte der Zufall. Zudem gibt es keine Hinweise, dass Bundesrichterinnen und Bundesrichter nicht unabhängig urteilen. Das heutige System hat sich bewährt, denn es sind Menschen, die die Richterwahl aktiv steuern. Die genaue Prüfung verantwortet eine Kommis-

sion aus 17 Parlamentariern, die Wahl selbst trifft die Bundesversammlung. Parteien haben kein Interesse daran, schlechte Richter ans Bundesgericht wählen zu lassen. Sie wollen Richter, die über einen fundierten Leistungsausweis verfügen.

Die Zürcher Nationalrätin, Barbara Steine-mann betont: «Bei der Wahl der Richter handelt es sich um einen höchst verantwortungsvollen Staatsakt, der nicht dem Zufall überlassen werden sollte». Das Losverfahren würde dazu führen, dass schlechter qualifizierte Kandidierende zulasten besser qualifizierter Kandidierender ins Richteramt gelangen würden. Aus diesen Gründen haben die Delegierten der SVP Kanton Luzern die Vorlage abgelehnt.

Bild des Monats



Kantonale Delegierten-versammlung

Am Donnerstag, 4. Oktober 2021, trafen sich zahlreiche Mitglieder der SVP Kanton Luzern für die Delegiertenversammlung im Hotel Sonne in Reiden.

Namhafte nationale Politgrößen wie Albert Rösti, Barbara Steinemann, Thomas Burgherr vertraten neben Fraktionschef Armin Hartmann ihre Parolen in zum Teil emotionalen Ausführungen.

Die Delegierten sagten klar ja zum neuen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz.

Zudem lehnten sie alle nationalen Vorlagen ab. Sie sagten deutlich nein zu Pflegeinitiative sowie zur Justiz-Initiative.

Zudem lehnten die Delegierten die Änderung vom 19. März 2021 des Covid-19-Gesetzes ab.



Am 28. November 2021 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Änderung vom 19. März 2021 des Covid-19-Gesetzes ab. Die Delegierten der SVP Kanton Luzern lehnen die Vorlage deutlich ab. Mit der Ausweitung der Zertifikatspflicht spaltet der Bundesrat die Gesellschaft.

Um die Corona-Pandemie zu bewältigen, musste sich der Bundesrat anfangs zum Teil auf Notrecht stützen. Seit das Parlament im September 2020 das Covid-19-Gesetz verabschiedet hat, legt dieses fest, mit welchen Massnahmen der Bundesrat die Pandemie bekämpfen soll. Nach einem Referendum nahm die Stimmbevölkerung das Gesetz am 13. Juni 2021 an. Am 28. November wird ein Teil des Gesetzes erneut zur Abstimmung vorgelegt, nachdem ein weiteres Referendum zustande gekommen ist. Es geht dabei um die Anpassungen, die das Parlament im März 2021 beschlossen hat. Für die SVP wurde dabei eine rote Linie überschritten.

SVP-Präsident, Marco Chiesa, erklärt: «Die willkürliche Coronapolitik des Bundesrats verletzt die individuellen Grundrechte.» Das Covid-Zertifikat wird missbraucht und in ein staatliches Druckmittel umgewandelt, um die Bevölkerung zur Impfung zu zwingen. Um Freiheit, Grundrechte und Normalität wiederherzustellen, ruft die SVP auf, das Covid-19-Gesetz abzulehnen. Auch die Delegierten der SVP Kanton Luzern lehnten die Vorlage ab.

Möglichst frei bleiben

Als einzige Partei hat die SVP bereits im März 2020 eine klare Strategie zu seiner Bekämpfung der Corona-Pandemie vorgelegt. Die Hauptforderung lautete, dass die Risikogruppen zu schützen sind und Kontrollen und Tests an den Landesgrenzen vorgenommen werden. Das ist leider zu spät oder nicht geschehen – die Folgen sind bekannt. Die Massnahmen, die anschliessend vom Bundesrat ergriffen wurden, waren völlig übertrieben und unverhältnismässig.

Die Vorschriften des Bundesrats gefährden unsere Freiheit, unseren Wohlstand und Selbstbestimmung. Das sind die Grundpfeiler unserer erfolgreichen Schweiz. Chiesa betont: «Wir wollen möglichst frei leben – mit den bewährten Schutzkonzepten.»

Impfung soll freiwillig sein

Das verschärfte Covid-Gesetz verletzt die Grundwerte und Grundrechte massiv. Die SVP hat nichts gegen die Covid-Impfung, aber sie muss freiwillig bleiben. Das Covid-Gesetz und die erweiterte Zertifikatspflicht sind ein Impfwang durch die Hintertür. Die verfassungsmässig garantierte körperliche und geistige Unversehrtheit jedes Menschen ist nicht verhandelbar. Aktuell lassen sich die übertriebenen und willkürlichen Corona-Massnahmen nicht mehr rechtfertigen. Denn die Fallzahlen sinken und die Intensivstationen sind nicht überlastet. Zudem ist inzwischen die grosse Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung der Schweiz immunisiert. Deshalb forderte die SVP vom Bundesrat unlängst eine klare Ausstiegsstrategie. Es ist aber zu befürchten, dass das Zertifikat noch mehr ausgeweitet wird. Die Pandemie geht irgendwann vorbei. Die Gesetze werden aber bleiben.

“

Ja zum neuen
Verwaltungsgebäude.

”

Am 28. November 2021 wird die Luzerner Stimmbevölkerung über den Neubau des Verwaltungsgebäudes in Emmen mit einem Kredit von rund 177 Millionen Franken befinden.

Liebe SVP-Familie

Mit dem Bezug des zentralen Verwaltungsgebäudes werden rund 36'000 Quadratmeter in der Stadt und Agglomeration frei, die als Wohnungen oder Büros genutzt werden können. Gleichzeitig kann der Aufwand des Kantons Luzern durch geringere Mietkosten und Synergiegewinne wiederkehrend um jährlich gut 9 Millionen Franken entlastet werden. Die Delegierten der SVP Kanton Luzern haben der Vorlage deutlich zugestimmt. Sagen auch Sie ja zum neuen Verwaltungsgebäude.

Angela Lüthold-Sidler,
Präsidentin SVP Kanton Luzern

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem kann eine Printversion angefordert werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch